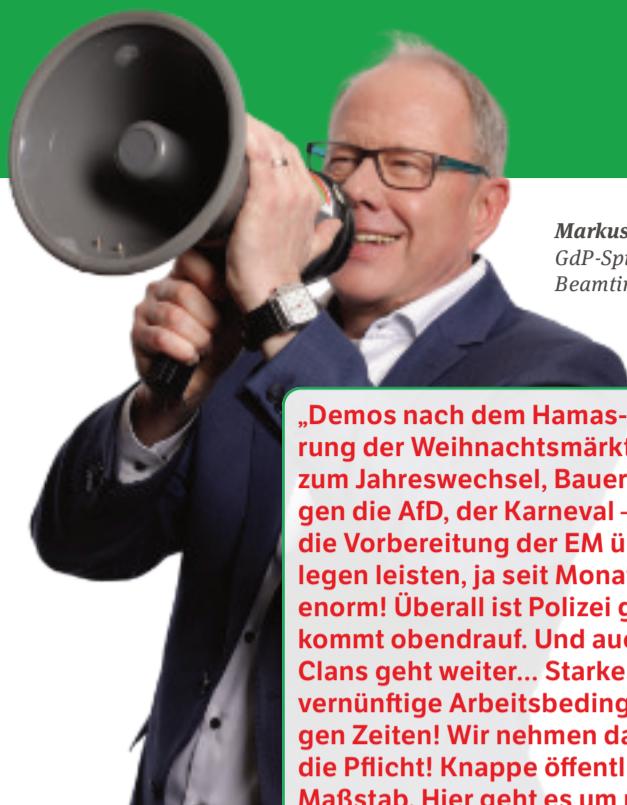


Wählen gehen, GdP stark machen!

Herausfordernde Zeiten bei der Polizei brauchen starke Personalräte



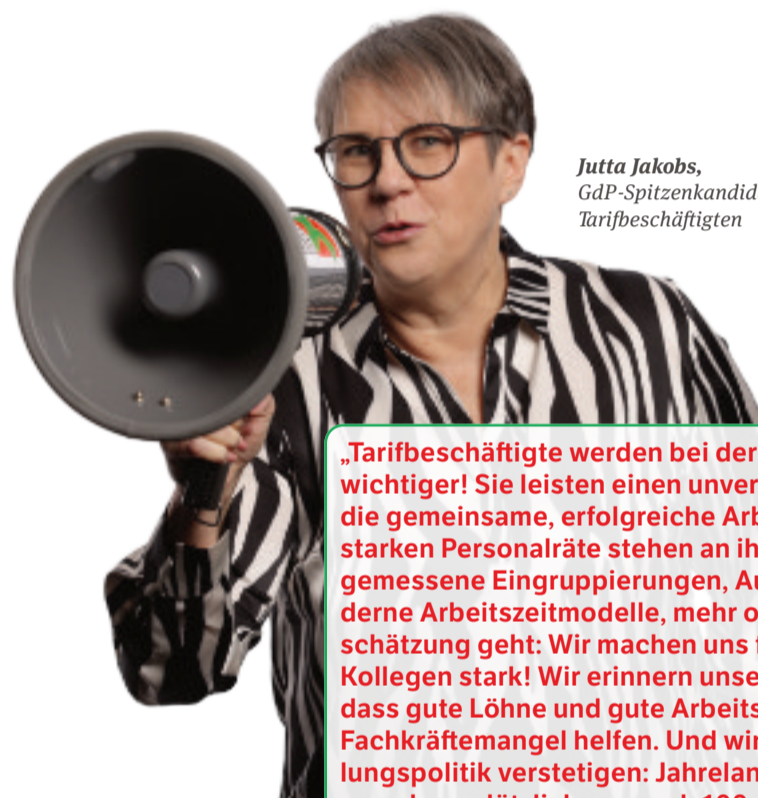
Markus Robert,
GdP-Spitzenkandidat für die
Beamtinnen und Beamten

„Demos nach dem Hamas-Überfall auf Israel, die Sicherung der Weihnachtsmärkte und die Terrorgefahr in Köln zum Jahreswechsel, Bauernproteste, Kundgebungen gegen die AfD, der Karneval – alles das geht nun nahtlos in die Vorbereitung der EM über: Was Kolleginnen und Kollegen leisten, ja seit Monaten leisten müssen, das ist enorm! Überall ist Polizei gefordert, das Tagesgeschäft kommt obendrauf. Und auch der Kampf gegen kriminelle Clans geht weiter... Starke GdP-Personalräte kämpfen für vernünftige Arbeitsbedingungen, gerade auch in unruhigen Zeiten! Wir nehmen das Ministerium und die Politik in die Pflicht! Knappe öffentliche Kassen sind für mich kein Maßstab. Hier geht es um meine Kolleginnen und Kollegen, die Tag und Nacht für Recht und Gesetz eintreten. Dafür, dass sie ihren Job vernünftig machen können, muss Geld da sein!“

Personalratswahlen
13. – 17. Mai

Liste 1 wählen!

und deutlich!



Jutta Jakobs,
GdP-Spitzenkandidatin für die
Tarifbeschäftigten

„Tarifbeschäftigte werden bei der Polizei in NRW immer wichtiger! Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die gemeinsame, erfolgreiche Arbeit. Die GdP und ihre starken Personalräte stehen an ihrer Seite! Ob es um angemessene Eingruppierungen, Aufstiegschancen, moderne Arbeitszeitmodelle, mehr oder überhaupt um Wertschätzung geht: Wir machen uns für die Kolleginnen und Kollegen stark! Wir erinnern unseren Arbeitgeber daran, dass gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen gegen Fachkräftemangel helfen. Und wir wollen die Einstellungspolitik verstetigen: Jahrelang 500 Tarifbeschäftigte neu, dann plötzlich nur noch 100 und jetzt laut Haushalt bloß sechs. Das ist Banane! Vorausschauende Personalpolitik geht anders.“

Die Personalratswahlen bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen (13. – 17. Mai 2024) fallen in unruhige Zeiten. Die Polizei ist gefordert wie nie. Es gibt große Demonstrationen, Terrorgefahr, eine Fußball-EM und (wahrscheinlich) auch Castortransporte. Verbrecher und Verkehrsrowdys machen deshalb noch lange nicht Pause. Man fragt sich: Gehen die Blaulichter auch nochmal aus? Kommen die Kolleginnen und Kollegen nochmal aus den Stiefeln?

Herausfordernde Zeiten bei der Polizei brauchen starke Personalräte“, sagt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Sein dringender Appell: Wählen gehen, GdP stark machen! Die GdP und ihre Personalräte setzen sich für gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung bei der Polizei ein, gerade auch in unruhigen Zeiten. GdP wählen ist ab sofort

schon möglich: Das Briefwahlverfahren ist eröffnet! Die GdP ist Liste 1.

Starke GdP-Personalräte sind umso wichtiger, weil die großen Herausforderungen beim Arbeitgeber Polizei nicht gelöst sind. Digitalisierung, moderne Arbeitszeitmodelle, Entwicklungsperspektiven, mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz: Alles das gilt es zum Wohle der Beschäftigten umzusetzen. Ein kraftvolles Votum bei der PR-Wahl stärkt die Personalräte gegenüber dem Dienstherrn. Also: Wählen gehen!

Noch ein ganz wichtiger Grund: Wählen gehen – um der Demokratie willen. Bei der Personalratswahl 2021 lag die Wahlbeteiligung bei 67%, da ist jetzt noch Luft nach oben! GdP-Lan-

desvorsitzender Michael Mertens erinnert an die großen Demonstrationen zu Jahresbeginn, als die Sorge um die Demokratie in Deutschland viele tausend Bürger auf die Straße trieb. „Personalratswahlen sind im besten Sinne Demokratie am Arbeitsplatz - also mitmachen, wählen“, fordert Mertens.

Alle Forderungen der GdP unter gdp-nrw.de oder über diesen OR-Code:



Aktuell informiert

Unter www.gdp-nrw.de sowie auf Facebook, Instagram und X informieren wir aktuell zur Personalratswahl. Schaut rein, macht Euch ein Bild und gebt uns gerne ein Feedback!

Gute Nachrichten für die angehenden Polizistinnen und Polizisten: Im Studium greift jetzt die volle Jokerlösung.

Ein Erfolg der GdP!

Mehr im Innenteil



**Gewerkschaft
der Polizei NRW**

Stark für Euch, stark durch Euch



Rund 49.000 Mitglieder zählt die GdP in Nordrhein-Westfalen. So groß wie wir ist keine andere Gewerkschaft im Polizeibereich, mit Abstand nicht. Wir sind stark für Euch, wir sind stark durch Euch! Wir sind die, die gestalten. Wir können Verantwortung. Wir haben keine Scheu vor Konflikten mit Behördenleitungen oder Ministerium. Wenn es sein muss, steigen wir in den Ring.

Keine gewagte Prognose: Künftig wird das häufiger passieren. Die

Zeiten werden rauher und die öffentlichen Kassen knapper. Eine starke GdP und starke GdP-Personalräte werden für die Interessen der Polizeibeschäftigten streiten. „Laut und deutlich“ werden wir das tun. So sind wir – die GdP. So ist unser Motto für diese Personalratswahl.

Gewerkschaften sind Mitmachveranstaltungen. Sie leben davon, dass sich Kolleginnen und Kollegen für andere engagieren – zum Beispiel über die Arbeit im Personalrat. Ich bin froh und stolz, sagen zu können: Unsere GdP ist quicklebendig, voller Kraft! Wir haben sie, genau sie – die Kolleginnen und Kollegen, die sich für andere engagieren.

Ob Markus Robert und Jutta Jakobs und ihre Teams für den PHPR oder die Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort in den Behörden: Die GdP geht mit tollen, versierten Leuten in diese Personalratswahl! Wir brauchen genau sie! Gerade auch in diesen rauhen Zeiten.

Ich danke allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Bereitschaft als Personalrätin oder Personalrat Verantwortung zu übernehmen! Unser Team bildet einen Querschnitt durch die Polizei und ihre Behörden in NRW. Ganz unterschiedliche Aufgabenbereiche, alle Direktionen, aber auch alle Regionen sind vertreten.

Wir sind stark bei Beamten wie Tarifbeschäftigten! Wir haben die Interessen aller Polizeibeschäftigten im Blick! Für sie sind wir „laut und deutlich“. Denn:

Wir sind die GdP!

Michael Mertens,
Landesvorsitzender der GdP

Impressum

AKUT

Aktuelle Informationen der Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk NRW Gudastraße 5 – 7 40625 Düsseldorf Tel. 0211/29 10 110 www.gdp-nrw.de

Redaktion: Holger Dumke (V.i.S.d.P.), Patrick Schlüter, Ertugrul Ulas, Jan Velleman, Imsel Bakir, Uschi Barrenberg.

Fotos: Justin Brosch, Sven Vüllers, Jürgen Seidel, Holger Dumke, GdP-Archiv Gestaltung: Klaus Niesen Druck: Wölfer Druck+Media, Haan

Unterstützt alle GdP-Kandidaten!

Bei unserem Fototermin auf der Landesbezirksbeiratsitzung in Gladbeck waren Simone Wohlrath, Holger Hoever und Thomas Stotzem leider verhindert – sie sind deshalb in dieser Akut nicht mit einem Foto vertreten. Aber sie kandidieren natürlich auch! Unsere Bitte: Unterstützt sie – wie alle anderen GdP-Kandidatinnen und GdP-Kandidaten, gerade auch vor Ort in den Behörden.

Laut und deutlich: GdP!

Keine Arbeitszeiterhöhung durch die Hintertür!

Bagatellgrenze“ – schon das Wort ist ein Hohn! Als wenn von Polizeibeamtinnen und -beamten geleistete Arbeit eine Bagatelle wäre... Aus Sicht des Innenministeriums sind bis zu fünf Stunden Mehrarbeit pro Monat aber genau das. Sie sollen fortan am Monatsende verfallen, unentgeltlich. So regelt es

jetzt ein Erlass. Zuvor war mehr als zwei Jahrzehnte lang Mehrarbeit von bis zu fünf Stunden pro Monat bei der Polizei in NRW zumindest als normale Arbeitszeit gutgeschrieben worden – vorbei.

Die GdP rennt seit Wochen dagegen Sturm. „Das ist eine Arbeitszeitverlängerung durch die Hintertür“, wettet Landesvorsitzender

Michael Mertens. Die „Bagatellgrenze“ sei ein Affront gegenüber Kolleginnen und Kollegen, die treu ihren Dienst versehen und derzeit extrem gefordert seien. Mertens erinnert den Innenminister Herbert Reul an sein Versprechen, dass unter ihm als Minister keine Überstunde verfallende. Reul müsse sich für eine Anpassung stark machen.



Ein im Dienst verletzter Kollege: Eine hohe physische und psychische Belastung über Jahrzehnte bleibt häufig nicht folgenlos.

Ringgen um den PDU-Erlass!

Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn verpflichtet ihn, für Wohl und Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen zu sorgen. Klingt hochtrabend, klappt häufig – aber nicht immer. Umso wichtiger, dass die GdP immer wieder an jene Pflicht erinnert. Ganz aktuell wieder bei geplanten Änderungen des Erlasses zur Polizeidienstunfähigkeit (PDU). Das Ziel der Änderungen war schnell erkennbar: Erkrankte, verunglückte oder verletzte Kolleginnen und Kollegen sollen leichter ins PDU-Verfahren geschickt werden können – und das auch noch, wenn sie älter sind.

Die Überlegungen waren ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen!

Während ein Laufbahnwechsel bisher ab dem 50. Lebensjahr als nicht mehr zumutbar galt, sollte die Altersgrenze künftig grundsätzlich beim 55. Lebensjahr liegen. Ausnahmen „aus personalwirtschaftlichen Gründen“ ausdrücklich möglich. Argument: Polizeizulage und Freie Heilfürsorge sind teuer, der Laufbahnwechsel bietet Möglichkeiten zu Einsparungen...

Das macht die GdP nicht mit!

Erstens geht man so nicht mit unseren Kolleginnen und Kollegen, so nicht mit Menschen um. Und zweitens liegen die Ursachen für ein PDU-Verfahren sehr oft im Dienst selbst. Eine hohe psychische und physische Belastung über Jahrzehnte bleibt häufig

nicht folgenlos. Das haben wir dem Minister mitgeteilt – die GdP in einem persönlichen Schreiben, der PHPR ebenso wie die örtlichen Personalräte. Das klare Auftreten hat Wirkung gezeigt. Der Minister hat seine Position überdacht und die Überlegungen rund um die Anhebung des „Orientierungswertes“ für den Laufbahnwechsel verworfen. Es bleibt bei den 50. Ein toller gewerkschaftlicher Erfolg, der nur möglich war, weil die Personalvertretungen eng zusammengestanden haben!

Und ein erneuter Beweis dafür, wie wichtig eine starke GdP mit starken Personalräten ist.

Weil wir die Belange der Kolleginnen und Kollegen im Blick haben und ihre Interessen waren, laut und deutlich!



Meike to Baben,
KPB Neuss

„Wir setzen uns für Deine Interessen ein – jederzeit!“



Rainer Axer,
PP Aachen

„Basisdemokratie fängt in der Dienststelle an!“

Auf die Wahlen, fertig, los!

Jetzt bringen die Wahlboten die Stimmzettel



Bis zum Termin für die persönliche Stimmabgabe (13.-17. Mai) sind es zwar noch ein paar Wochen. Viele nutzen aber die Möglichkeit, ihre Stimme bereits jetzt per Briefwahl abzugeben. Wie bei jeder Wahl, kann auch bei der Personalratswahl die schriftliche Stimmabgabe verlangt werden. Am einfachsten geht das mit dem Wahlbotenverfahren der GdP: Wahlboten sind Kolleginnen und Kollegen, die sich per Unterschrift beauftragen lassen. Sie holen im Auftrag der Wählerinnen und Wähler die Wahlunterlagen beim Wahlvorstand ab und bringen sie auch wieder zu-

rück. Praktisch, oder? So kommen Beschäftigte ganz ohne Stress dazu, ihre Stimme abzugeben. Also: Augen auf. Dann sind die Kolleginnen und Kollegen der GdP, die diesen Service anbieten, kaum zu übersehen.

Wer sich für die schriftliche Stimmabgabe entscheidet, sollte auf jeden Fall darauf achten, dass beide Stimmzettel in den Wahlumschlag gesteckt werden. Der kommt zusammen mit der unterschriebenen Versicherung, dass die Stimmzettel selbst ausgefüllt wurden, in den Rückumschlag an den Wahlvorstand.

Alle Beschäftigten dürfen übrigens zwei Mal wählen: Einmal den

Polizei-Hauptpersonalrat beim Innenministerium und dann noch den Personalrat in der eigenen Dienststelle. Weil die GdP als einzige Gewerkschaft flächendeckend antritt, taucht der GdP-Wahlvorschlag auf allen Stimmzetteln immer an der gleichen Stelle auf: Liste 1 – das ist landesweit die Position der GdP-Listen auf den Stimmzetteln. Sowohl bei den Beamtinnen und Beamten, als auch bei den Tarifbeschäftigten.

Ausnahmsweise können Wählerinnen und Wähler aber auch mehrere Stimmen abgeben: Wenn nur ein Wahlvorschlag eingereicht wird, findet die Wahl als sog. „Personenwahl“ statt – Abgestimmt wird dann nicht über Listen, sondern über einzelne Bewerberinnen und Bewerber. Dann können so viele Stimmen vergeben werden, wie Plätze im Personalrat zu vergeben sind. Zu kompliziert? Gar nicht: Auf den Stimmzetteln steht genau drauf, wie viele Stimmen abgegeben werden dürfen.

Weitere Infos zum Ablauf der Wahl finden sich auch im Wahl-FAQ auf gdp-nrw.de/personalratswahlen2024 oder über diesen QR Code



Per|so|nal|rat

[pɛrzoˈna:lrat]

Von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in NRW seit 1949 alle vier Jahre selbst gewähltes Gremium, das nur einen Auftrag hat – die Belange der Beschäftigten im Blick zu

haben. Der Personalrat ist dem eigenen Gewissen und den Wählerinnen und Wählern verantwortlich. Deshalb ist er bei allzu selbstherrlichen Dienststellenleitungen gerne auch mal unbeliebt. Der Personalrat passt auf, dass die Dienststelle sich an Recht und Gesetz hält. Besonders das Tarifrecht und andere Bestimmungen, die Beschäftigte schützen sollen hat der Personalrat im Blick. Er reagiert allergisch auf Nasenpräzisionen, Willkür und

andere unfaire Praktiken. Kaum eine Entscheidung, die die Beschäftigten insgesamt, Gruppen, oder sogar Einzelne betrifft, kann die Dienststelle ohne den Personalrat treffen.

Synonyme: Beförderungsmanger, Hochgruppierer, Arbeitszeitreduzierer, WLAN-Beschaffer, Demokratiebeauftragter, Streitschlichter.



Lorenz Rojahn,
PP Gelsenkirchen

„Die 4 muss weg!“



Nina Braszus,
KPB Märkischer Kreis

„Mit voller Kraft und gemeinsam für noch mehr grüne Familie!“



Christoph Reinen,
KPB Paderborn

„Voller Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen!“



Jörg Brackmann,
PP Essen

„Wir werden die Politik an ihre Versprechen erinnern und dem Minister Paroli bieten!“



Patrick Schlüter,
KPB Gütersloh

„Weil wir wissen, worum es geht!“



Frank Jankrift,
LAFP NRW

„Weil wir nichts geschenkt bekommen und alles hart erkämpfen müssen!“

Perspektiven für Tarifbeschäftigte dringend benötigt



Trotz immer stärker werdenden Fachkräftemangels und Personalfluktuation sind in der Polizei in NRW noch immer keine nennenswerten Förderungen von Tarifbeschäftigten oder Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung in Sicht.

Land auf, Land ab werden in den Ausschreibungen oftmals immer noch zu hohe Anforderungskriterien gestellt und sonstige Beschäftigte nicht berücksichtigt.

Auch die laut Entgeltordnung möglichen Entwicklungsmöglichkeiten werden nicht ausge-

schöpft. Und die Personalstellen führen immer wieder häusliche Zwänge an, um berechnete Forderungen nach Höhergruppierung negativ zu bescheiden. Das muss sich ändern!

Darüber hinaus fordern wir nach wie vor den stufengleichen Aufstieg bei Höhergruppierung

gen – auch dieser muss endlich durch die TdL eingeführt werden und bis dahin die Verweildauer in den Stufen zumindest angepasst werden.

Ob berufsbegleitendes Studium, Lehrgänge beim LAFP, IT NRW und anderen Bildungsträgern: Fort- und Weiterbildungen

müssen zeitnah und bedarfsgerecht angeboten werden. Die Zahl der Ausbildungsplätze für Tarifbeschäftigte, RIAs und RIAs IT muss zwingend erhöht werden.

Eigene Beschäftigte sind vor externen Bewerbern zu fordern, zu fördern - und zu belohnen. Nur so kann eine langjährige Bindung an die Polizei erfolgen. Die Personalressourcen würden dann auch nicht mehr durch die Durchführung ständig neuer Auswahlverfahren verschwendet.

Das Zulagenwesen muss ausgeschöpft werden, um auch monetäre Anreize zu schaffen. Diese dürfen nicht häusliche Zwänge zum Opfer fallen. Gleiches gilt für die Zuweisung höherwertiger Tätigkeiten. Auch diese darf nicht einfach ausfallen, weil mantramäßig „kein Geld“ da ist. Gute Arbeit kostet Geld!

Die Ausstattung, Technik, Räumlichkeiten, Möglichkeit zu Homeoffice und flexible Arbeitszeitgestaltung werden noch nicht

annähernd im nötigen Maße verbessert. Nur ein Umdenken kann hier eine Fluktuation zu anderen Arbeitgebern stoppen!

Wir sagen es LAUT und DEUTLICH:

Arbeitgeber, wach endlich auf aus Deinem Dornröschenschlaf!

GdP – die unangefochtene Nummer 1 im Tarifbereich!

Die GdP wird im Tarifbereich immer stärker. Allein im vergangenen Jahr haben wir hier rund 500 Kolleginnen und Kollegen hinzugewonnen, und zwar netto! Wir freuen uns sehr über den Zuwachs. In vielen Kreisgruppen gibt es Stammtische oder extra Treffen. Dort kommen Tarif-Kolleginnen und -Kollegen zusammen, um sich über ihre ganz eigenen Themen auszutauschen. Sprecht Eure örtlichen Kreisgruppen an!

Vielseitigkeit und Herausforderung: Das RIA-Studium



Personalwesen ist ihr Ding: Jette Bienemann.

Jette Bienemann erfüllt sich ihren Berufswunsch. „Schon als Kind habe ich gerne am Schreibtisch gesessen und mit Computern gearbeitet“, erzählt die 21-jährige Regierungsinspektoren-Anwärterin (RIA). Jette ist im dritten und letzten Jahr ihres dualen Studiums an der HSPV in Duisburg – und mit Freude dabei.

„Ich schätze die Vielseitigkeit des Studiums. Wir lernen alles von Recht über Volkswirtschaftslehre bis hin zu Rechnungswesen, Management und IT“, berichtet Jette. „Besonders schön ist der enge Zusammenhalt unter den Studierenden. In den kleinen Kursgruppen entstehen Freundschaften fürs Leben. In der Praxisphase erhält Jette Einblicke in verschiedene Bereiche der Poli-

zeiarbeit. „Wir arbeiten unter anderem in den Bereichen Personal, Verwaltung und Finanzen. So erleben wir den Polizeialltag hautnah“, sagt Jette.

Doch klar, das duale Studium verlangt den jungen Kolleginnen und Kollegen auch viel ab. „Die Anforderungen sind oft sehr hoch. Es ist schwierig, eine Balance zwischen Studium, Arbeit und Freizeit zu finden“, gibt Jette zu. „Manchmal vernachlässige ich sogar meine Hobbys und Freizeitaktivitäten, weil ich alles perfekt machen will.“ Hier und da hapert es auch in der Kommunikation zwischen Hochschulverwaltung und Studierenden“, sagt sie. „In solchen Situationen ist es gut zu wissen, dass die GdP für uns da ist“, sagt Jette.

Die Unterstützung durch die Gewerkschaft gibt Jette Sicherheit und das Gefühl, Teil einer starken Gemeinschaft zu sein, die sich für ihre Mitglieder einsetzt und immer mit Rat und Tat zur Seite steht. Die GdP hat auch durchgesetzt, dass das duale RIA-Studium ebenso wie der Studiengang RIA IT direkt bei der Polizei stattfindet und nicht mehr bei den Bezirksregierungen.

Die GdP fordert, dass jedes Jahr mindestens 100 RIA-Kolleginnen und -Kollegen eingestellt werden. Die Polizei braucht starken Nachwuchs für die Direktion ZA – junge Leute wie Jette. Sie hofft nach Abschluss ihres Studiums beim PP Duisburg im Personalwesen eingesetzt zu werden, ihrem Lieblingbereich.



Patrick Altenhöner, PP Bielefeld

„GdP verändert. GdP verbessert.“



Laurentiu Scridon, LAFP Schloß Holte-Stukenbrock

„Für bessere Arbeitsplätze und qualifizierte Weiterbildung!“



Dennis Grindel, LKA

„Ohne Team keine Power und ohne Power kein Erfolg!“

GdP: Keine Kompromisse bei der Qualität der Ausbildung!

Gut, dass die Polizei in NRW im Jahr 2023 erstmals mehr als 3000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt hat und auch künftig mindestens 3000 einstellen will. Der Nachwuchs wird dringend gebraucht! Schlecht allerdings, dass die Ausbildungskapazitäten bisher nicht vollumfänglich angepasst wurden...

Für die GdP ist klar: Bei der Qualität der Ausbildung darf es keine Kompromisse geben! Wir haben in NRW eine Polizeiausbildung, um die uns andere Bundesländer beneiden. Das soll, das muss auch so bleiben! Wer Tag für Tag für den Rechtsstaat eintritt und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger schützt, muss für diese Aufgabe bestmöglich ausgebildet werden. Das gelingt nicht in übergroßen Kursen. Wir

wollen überschaubare Kursgrößen. Die Zahl von 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmern darf nicht überschritten werden. Im Gegenteil, sie muss kleiner werden. HSPV und LAFP brauchen dafür dringend mehr Lehrende. Die Neueinstellungen müssen unbedingt in diesem Jahr erfolgen. Das vorhandene Lehrpersonal arbeitet an der Belastungsgrenze – und darüber hinaus. Außerdem müssen weitere Trainings- und Ausrüstungsgegenstände für die Ausbildung angeschafft werden.

Und, ganz wichtig: Die Praktika in den Kreispolizeibehörden müssen mit Blick auf die erhöhten Anwärterzahlen anders organisiert werden. Dafür sind mehr Tutorinnen und Tutoren nötig. Diese haben für ihre verantwortungsvolle Aufgabe eine finanzielle Anerkennung verdient.



Wir wollen überschaubare Kursgrößen. Dafür sind mehr Lehrende nötig.



GdP sei Dank – endlich ist der Joker voll da!

Im April und Mai ist Klausuren-Zeit für die angehenden Polizistinnen und Polizisten. Jetzt können auch die Studierenden der jüngeren Jahrgänge etwas entspannter in die Prüfungen gehen. Erstmals greift die Jokerlösung auch im Grundstudium. Die jungen Kolleginnen und Kollegen können damit bereits dort bis zu zwei Einzelprüfungen ein zweites Mal wiederholen. Die GdP hatte sich dafür lange auf allen Ebenen eingesetzt. Wir haben

das getan, weil wir der Meinung sind, dass wir sonst junge Leute verlieren, aus denen später gute Polizistinnen und Polizisten geworden wären. Bis zu 20% betrug die Abbrecherquote in den vergangenen Jahren – viel zu viel.

Um es klar zu sagen: Der Polizeiberuf ist kein Beruf wie viele andere auch – die Anforderungen müssen hoch sein! Deshalb gibt es ja auch keine Abstriche beim Stoff... Aber gerade in der Anfangsphase des Studiums, wo

vieles neu ist, müssen sich die Dinge noch entwickeln. Wegen übermäßigen Prüfungsdrucks soll da niemand auf der Strecke bleiben.

Deshalb ist die Jokerlösung, die seit einiger Zeit schon im Hauptstudium gilt, nun voll da! Die GdP hat dafür gekämpft. Wir sind sicher: Schlussendlich wird die ganze Polizei davon profitieren! Denn so kommen dringend benötigte Nachwuchskräfte in den Behörden an.



Thomas Spree,
LR Coesfeld

„Ich möchte weiter für die Menschen um mich herum da sein!“



Sven Brandes,
KPB Hochsauerlandkreis

„Weil nur wir die Power haben, Dinge auch wirklich zu verbessern!“



Frank Jackes,
PP Duisburg

„Ich will auch der Wasserschutzpolizei ein Gesicht geben!“

Polizeizulage: Wann legt NRW nach?



Tanja Klein,
PP Köln

„Weil wir zu unserem Wort stehen!“



Christoph Hirsch,
LAFP

„Für gute Arbeitsbedingungen und ein Mehr an Zufriedenheit!“

Kirsten Böhm-Salewski,
PP Düsseldorf



„Miteinander und füreinander da zu sein, ist mir wichtig. Also Teamarbeit!“



Markus Hümmelink,
KP Borken

„Weil ich die Klappe aufreisse. Auch für andere!“



Alexander Knopp,
PP Köln

„Nur mit Kampf kommt man zu Ergebnissen!“



Michael Schröter,
KP B Paderborn

„Weil ich für Vielfalt, Freiheit und Einheit stehe!“

Die Polizeizulage ist ein essentieller Bestandteil der Besoldung. 1990 lag sie in NRW nach zwei Dienstjahren bei 200 DM. 34 Jahre später ist nicht viel mehr daraus geworden. Seit dem 1. Januar 2017 verhart sie – wie festgefroren – bei 130,56 Euro. Seit Mitte 2017 ist Innenminister Herbert Reul im Amt. In dieser Zeit wurde die Polizeizulage null angepasst.

Dabei zeigen der Bund und andere Länder, wie es geht. Sie erhöhen die Polizeizulage – und das teils deutlich. Der Bund bezahlt mittlerweile 228 Euro, Niedersachsen 180 Euro, die dortige Innenministerin hat mittelfristig die weitere Anhebung auf 228 Euro in Aussicht gestellt. Brandenburg hat die Anhebung auf 200 Euro ab 1. August 2024 beschlossen, Rheinland-Pfalz hat die Anhebung auf 180 Euro ab 1. Juli 2024 beschlossen, Bayern bezahlt bereits 168,54 Euro und im neuen Hessischen Koalitionsver-

trag wurde die Erhöhung auf 160 Euro politisch vereinbart.

In NRW passiert bislang: Nichts! Die Politik rührt sich nicht, still schweigt der Minister. Im Ländervergleich fällt NRW bei der Polizeizulage immer weiter

zurück – auf jetzt Platz 15 von 17. Im Fußball ist das ein Abstiegsplatz. Auf alle Fälle liegt NRW nicht dort, wo man sich sonst selber gerne sieht: vorn. Dafür ist Entschlossenheit nötig.

GdP fordert Anhebung auf 300 Euro

Die GdP NRW fordert daher eine Anhebung der Polizeizulage auf 300 Euro, zumindest aber eine Verdoppelung des heutigen Satzes. Unsere Berechnungen haben ergeben, dass die Polizeizulage in NRW schon allein inflationsbereinigt bei 191,57 Euro liegen müsste. Die längst fälligen Erhöhungen müssen dann noch obendrauf.

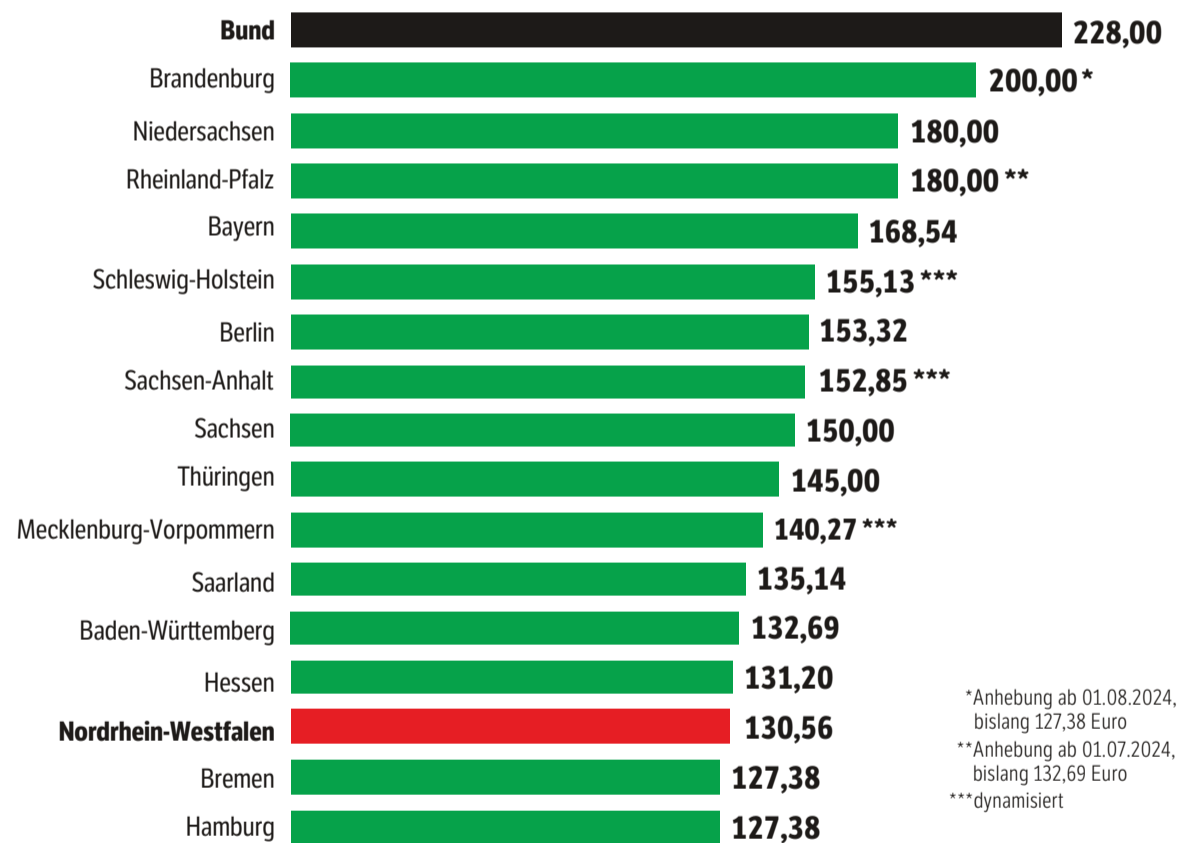
Dazu fordern wir einen an die Polizeizulage angelehnten finanziellen Ausgleich für Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte. Und damit die Polizeizulage nie wieder durch Inflation so entwertet wird wie jetzt, muss sie künftig bei Besoldungsanpassungen automatisch mit erhöht werden.



Seit Amtsantritt von Innenminister Herbert Reul Mitte 2017 wurde die Polizeizulage null angepasst.

Polizeizulage: NRW fällt im Vergleich der Bundesländer zurück

Höhe der monatlichen Zulage nach einer Dienstzeit von zwei Jahren (in Euro)



*Anhebung ab 01.08.2024, bislang 127,38 Euro

**Anhebung ab 01.07.2024, bislang 132,69 Euro

***dynamisiert

Stand: 29.01.2024

Quelle: Gewerkschaft der Polizei



Ein Seminar für Spurensicherung am LAFP: Die GdP fordert, dass die Lehrzulage ohne Einschränkung wieder allen Lehrenden gewährt wird.

Fortbildung stärken!

Neu bei der Kripo, aber Einführungsfortbildung erst in drei Jahren – wäre etwas Vergleichbares in der freien Wirtschaft denkbar? Die Antwort: ein klares Nein. Für die GdP und ihre Personalräte steht

fest: Die Polizei in Nordrhein-Westfalen muss mehr in Fortbildung investieren. Durch die Mangelwirtschaft der vergangenen Jahre haben sich Fehlentwicklungen dramatisch verfestigt.

Jahrelanges Warten auf die nö-

tige Fortbildung ist in einigen Teilbereichen der Polizei normal geworden. „Learning by doing“ in der Dienststelle ist notgedrungen die akzeptierte Alternative. Das aber darf nicht sein! Wer eine neue Aufgabe übernimmt, sollte sie bestens gewappnet angehen können. Das ist notwendig, um die Aufgabe gut zu erledigen. Aber es ist wichtig auch für die Arbeitszufriedenheit.

Heißt: Zeitnah nach Funktionsübernahme muss die entsprechende Fortbildung besucht werden können. Dafür setzen sich die GdP und ihre Personalräte ein. Nötig sind dafür ein schlüssiges Fortbildungskonzept - und schlicht mehr Fortbildungen und mehr Lehrende. Das LAFP müht sich redlich, ohne zusätzliche Mittel ist aber keine grundlegende Besserung in Sicht.

Um Experten aus den Behörden als Lehrende gewinnen (und auch halten) zu können, sind mehr höherdotierte Stellen in der Lehre nötig. Die Lehrzulage muss ohne Einschränkungen wieder allen Lehrenden gewährt werden. Und, wichtig: Die Lehrzulage muss auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Derzeit – und dieses „derzeit“ dauert nun mittlerweile gut 20 Jahre – liegt sie bei mageren 93 Euro brutto.

Kinderkrank: GdP macht Druck!

Nicht nur der Dienst nimmt unsere Kolleginnen und Kollegen 24/7 in Anspruch. Auch die Versorgung des eigenen Nachwuchses muss für jede Tages- und Nachtzeit durchgetaktet sein. Was schon im regulären Alltag aufgrund dienstlicher Anforderungen eine Herausforderung darstellt, verschärft sich bei Erkrankung der Kinder sehr schnell. Die Sorge hierüber ist ein dauernder Begleiter unserer Kolleginnen und Kollegen, auch nach dem Abflachen der Corona Pandemie.

Für die GdP war daher schon früh klar: Der Anspruch auf die sogenannten Kinderkrankentage muss dauerhaft angehoben werden, damit den Kolleginnen und Kollegen der Druck einer adäqua-

ten Kinderbetreuung ein wenig genommen wird. Der politische Wille war bisher ein anderer: In der Hochphase der Pandemie gab es für den Bereich der Arbeitnehmer jährliche Regelungen, die das Land NRW dann auch für den Beamtenbereich übernommen hat. Das war gut, weil es akut geholfen hat, aber keine nachhaltige Lösung.

Welche Risiken das Vorgehen mit sich bringt, zeigt sich im laufenden Jahr: Während für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für 2024 und 2025 eine Ausweitung der Kinderkrankentage pro Kind auf längstens 15 Arbeitstage (bei mehreren Kindern maximal 35 Arbeitstage), für alleinerziehende pro Kind längstens 30 Arbeitstage (bei mehreren Kindern

maximal 70 Arbeitstage) beschlossen wurde, gibt es für den Beamtenbereich bisher keine Übertragungsregelung. Für die GdP ein Üdning: Betreuungssorgen orientieren sich nicht am Beschäftigungsstatus.

Hier besteht Handlungsbedarf! Darauf hat die GdP den Minister in einem persönlichen Anschreiben hingewiesen und die Übertragung des Anspruchs eingefordert. Dabei muss die jährliche Debatte um das Thema ein Ende finden und eine dauerhafte Regelung muss her.



Andreas Pein,
PP Köln

„Weil wir uns 24/7 für unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen!“



Jana Hebrock,
KPB Herford

„Wir sind die starke Stimme für die Tarifbeschäftigten bei der Polizei!“



Arnd Breitkopf,
PP Münster

„Jederzeit 100 Prozent Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen in und mit einem starken Team!“

Fatale Vollbremsung beim Liegenschaftsprogramm



Der Neubau der Polizei im Rhein-Erft-Kreis in Bergheim: In den letzten Jahren konnten wichtige und drängende Projekte realisiert werden. Andere warten aber noch – die GdP macht Druck.

Keine Missverständnisse: 2,4 Mrd Euro sind bei der Polizei in NRW von 2017 bis 2023 in substanzielle Verbesserungen der Liegenschaften geflossen. Das war richtig gut, das verdient Anerkennung! Nur: Wie geht es jetzt weiter? Aktuell ist die Luft erstmal raus...

Das bis dahin so ambitionierte Liegenschaftsprogramm legt im Jahr 2024 eine Vollbremsung hin. „0 Euro“ stehen für Renovierung oder Sanierung oder Neubau oder Anmietung im Haushalt, bestenfalls Einzelprojekte sind möglich. Erst 2025 soll es wieder mit alter Kraft weiter gehen - also mit 300 Mio Euro...

Als GdP kritisieren wir das scharf! Der Konjunktiv fürs nächste Jahr („soll“) ist kein Trost. Und dass auch für andere wichtige Dinge wie Fahrzeugbeschaffung in 2024 voraussichtlich kein Geld da sein wird, macht es nicht besser – im Gegenteil!

Ein erheblicher Teil der NRW-weit 850 Polizei-Liegenschaften stammt aus den 1980er Jahren, einige sind noch älter. Vor Ort müssen sich Kolleginnen und Kollegen teilweise mit Zuständen arrangieren, die

aus Sicht der GdP und ihrer Personalräte schlicht inakzeptabel sind.

Das drängendste Problem: kein Platz! Weitere Probleme: alte Bausubstanz, schlechte Leitungen, Sanitärräume fürs Geschichtsbuch.

Die Polizei in NRW ist endlich (!) wieder eine wachsende Organisation. Dem wird man nicht gerecht, wenn man hier und da noch einen Schreibtisch reinstellt. Die Vorgabe von neun Quadratmetern, die laut Musterraumprogramm pro Sachbearbeiter zur Verfügung stehen sollen, wird in zahlreichen Dienststellen nicht eingehalten. Sozialräume? Fehlangeige! Ganz bitter: Es fehlen Arbeitsplätze für den Nachwuchs – die Ausbildung leidet. Das darf nicht sein!

Für die GdP und ihre Personalräte ist klar: Bei den Liegenschaften ist noch viel zu tun! Es hilft nichts, sich in den Erfolgen der Vergangenheit zu sonnen. Die Liegenschaftsverwaltung muss in die Lage versetzt werden, für eben jene wachsende Polizei NRW vorausschauend zu planen.

Und das heißt? Mehr Geld für unsere Wachen und anderen Dienstgebäude – jetzt!

Bereitschaftspolizei:

Kollegen sind keine Schachfiguren!



Die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei sind stark gefordert.

Seit Jahren steigt die Einsatzbelastung bei der Bereitschaftspolizei. Immer mehr Einsätze – und ein Ende der Entwicklung ist nicht in Sicht, im Gegenteil! In der aktuellen politischen Situation gibt es immer wieder Großdemonstrationen, die geschützt und begleitet werden müssen; dazu kommen unerwartete Lagen und neue Kriminalitätsphänomene.

Und nun steht auch die Fußball-Europameisterschaft an und gleich danach die Castortransporte ...

Alles Einsätze, die den Kolleginnen und Kollegen viel abverlangen – die jedoch selbstverständlich zum Arbeitsalltag gehören und professionell und souverän bewältigt werden.

Die enorme Schlagzahl und die immer wieder neue zeitliche Beanspruchung haben aber ihren Preis. Und der ist hoch! Familie

und Privatleben leiden, abseits vom Beruf ist wenig bis gar nichts möglich, weil mittlerweile fast immer kurzfristig ein Einsatz dazwischenkommen kann.

Die Verbindlichkeit in DSM hat immer häufiger keine Gültigkeit mehr. Donnerstags wird oftmals das komplette, bevorstehende Wochenende umgeschmissen – und alle privaten Planungen kippen hintenüber. Solche Zustände sind nicht hinnehmbar! Für die GdP ist klar: Die Kolleginnen und Kollegen der BePo sind keine Schachfiguren, die man einfach so hin und her schieben kann!

Die Verbindlichkeit muss endlich wieder greifen! Das Hin-und-Her-Tauschen der Einsatzanlässe muss ein Ende haben – zumindest muss es wieder Ausnahme werden und nicht die Regel bleiben. Außerdem ist bei vielen Einsätzen eine Kräftezuweisung mit mehr Augenmaß nötig.

GdP-Frauen fordern: Flexibler arbeiten!

Was nicht passt, muss passend gemacht werden!“ Das fordert der Landesfrauenvorstand der GdP NRW hinsichtlich flexiblerer Arbeitszeitmodelle. Denn: „Was in der modernen Arbeitswelt schon längst angekommen ist und einen entscheidenden Faktor für den Erfolg eines Wirtschaftsunternehmens und das Wohlbefinden der Mitarbeitenden darstellt, muss auch für die Polizei als Arbeitgeber gelten!“, so Kirsten Böhm-Salewski, Vorsitzende vom Landesfrauenvorstand.

Nicht nur, aber insbesondere unsere Kolleginnen verdienen eine „lebenslauforientierte Personalpolitik“, um z.B. in privat besonders belastenden Phasen flexibler arbeiten und somit von einer verbesserten Work-Life-Balance profitieren zu können.

Im Schichtdienst bieten sich Time-Sharing-Modelle an, bei denen man außerhalb der eigentlichen Schichtdiensttätigkeit zusätzliche Aufgaben für andere Dienststellen übernimmt, die dann zeitlich und örtlich flexibel erledigt werden können.

Weitere Modelle, die der Landesfrauenvorstand ausgebaut sehen möchte: Über Jobsharing-Modelle könnten mehr Frauen in Teilzeit Führungsaufgaben übernehmen.

Insgesamt können derartige Modelle die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf stärken. Einen Rückfall in alte Rollenklischees dürfe aber nicht die Konsequenz sein. Deshalb treten die GdP-Frauen dafür ein, dass flexiblere Regeln zur besseren Vereinbarkeit gleichermaßen (!) für Frauen und Männer gelten.

So wichtig: Der Rechtsschutz der GdP

Ein Unfall mit dem Streifenwagen? Im Dienst nach Widerstand schwer verletzt? Eine Anzeige wegen Körperverletzung im Amt? Probleme mit der Eingruppierung, dem Vorgesetzten...? In diesen und anderen Fällen ist es gut, auf den starken Rechtsschutz der GdP bauen zu können. Die Kolleginnen von der Landesgeschäftsstelle haben im vergangenen Jahr zusammen mit den Kreisgruppen erstmals mehr als 2000 Rechtsschutz-Anträge entgegengenommen. Und die Tendenz zeigt weiter nach oben.

Wichtig zu wissen: Der GdP-Rechtsschutz ist ein Rundum-Service-Paket – ohne Wartezeit, ohne ständig wechselnde Ansprechpartner, mit freier Anwaltswahl und sofortiger

Rechtsberatung durch erfahrene Juristen. Die GdP hilft!

Zum Beispiel bei Verletzungen im Dienst. Hier begleitet Euch die GdP von der ersten Beratung über das Gerichtsverfahren bis zum Vollstreckungstitel. Auch der erste Zwangsvollstreckungsversuch, den Ihr für die Geltendmachung von Schmerzensgeldansprüchen gegenüber dem Dienstherrn benötigt, ist vom GdP-Rechtsschutz umfasst. Eine Besonderheit sind unsere Disziplinarbevollmächtigten. Das sind erfahrene, juristische eigens fortgebildete Kolleginnen und Kollegen, die Betroffene durch ein Disziplinarverfahren begleiten, nötigenfalls auch vor Gericht. Eine derart kompetente Begleitung kann niemand sonst bieten. Darum GdP!



Alexandra Engler,
KPB Unna

„Ich setze mich gegen Ungerechtigkeiten ein. Mit allem was ich habe“

Martin Entrup,
KPB Warendorf



„Weil ich auch die Sorgen und Nöte der kleinen Polizeibehörden mit nach Düsseldorf bringe!“

Reiner Müller,
LAFP



„Die Herausforderungen und Probleme aller Polizeibeschäftigten sind meine Leidenschaft!“